

Antrag

der AfD-Fraktion

Heimische Landwirte schützen – Für Sachsens Gegenwehr zur Ratifizierung des Mercosur-Abkommens

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest,

1. dass die im Verhandlungsergebnis zwischen der Europäischen Kommission und den Vertretern der Mercosur-Staaten fixierten zollfreien beziehungsweise zollermäßigten Einfuhren für landwirtschaftliche sowie tierische Erzeugnisse aus den Mercosur-Staaten eine Bedrohung der heimischen Landwirtschaftsbetriebe, insbesondere im Bereich der heimischen Tierhaltung und der Zuckererzeugung, darstellt;
2. dass das geplante Mercosur-Abkommen zum Abbau von Handelsbeschränkungen mittelbar die hohen Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards für landwirtschaftliche sowie tierische Erzeugnisse in der Europäischen Union gefährdet.

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten nicht ratifiziert wird, solange es Zollkontingente beziehungsweise Freihandelsquoten für Zucker, Ethanol, Rindfleisch, Schweinefleisch und Geflügelfleisch beinhaltet.

Begründung:

Die Europäische Union schafft mit den Mercosur-Staaten eine der größten Freihandelszonen der Welt – ein Markt mit mehr als 700 Millionen Konsumenten. Das Abkommen beinhaltet neben dem Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen für Autos, Maschinen oder Chemikalien zollermäßigte Kontingente für 99.000 Tonnen Rindfleisch, frei handelbare 200.000 Tonnen Ethanol, zollfreie Kontingente für 180.000 Tonnen Geflügelfleisch, 180.000 Tonnen Zucker und 45.000 Tonnen Honig. Beispielsweise wird Rindfleisch in Brasilien für rund 3 Euro / kg Schlachtgewicht produziert, während hiesige Erzeuger für knapp 6 Euro /

kg produzieren.¹ Auch die in Europa unter hohen Umwelt- und Sozialstandards arbeitenden Betriebe im Bereich der Zuckererzeugung würden weiter unter Druck geraten. Während insbesondere in Deutschland die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln immer restriktiver gehandhabt wird, wurden die Auflagen in Brasilien gelockert.

Innerhalb der Europäischen Union werden den Landwirten enorme Anstrengungen für hohe Umwelt-, Natur- und Sozialstandards abverlangt, während diese Reglementierungen in den Mercosur-Staaten praktisch nicht umgesetzt werden. Die prekäre Beschäftigung von Landarbeitern, die Umwandlung von Regenwald in Acker- und Grünland sowie die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln unterliegen in Südamerika keiner mit europäischen Standards vergleichbaren Regulierung und Kontrolle. Auch die Tierhaltungsstandards und der Verbraucherschutz sind in weiten Teilen nicht mit ihren europäischen Pendanten vergleichbar. Die Landwirtschaft in Südamerika praktiziert, was in der EU verboten beziehungsweise sehr eingeschränkt möglich ist. Die gemeinsame europäische Agrarpolitik fordert mehr Bemühungen im Bereich Umwelt- und Naturschutz von den europäischen Landwirten bei gleichzeitiger Budgetkürzung über die Förderperioden hinweg.

Die zollfreien und zollermäßigten Kontingente für Zucker, Ethanol, Rindfleisch und Geflügelfleisch werden der hiesigen kleinteiligen Landwirtschaftsstruktur durch eine Verschlechterung ihrer Erwerbssituation schaden. Solange es auf dem weltweiten Agrarsektor keine vergleichbaren Marktbedingungen, wenig Transparenz und keine wirksamen Kontroll- und Sanktionsmechanismen zur Einhaltung der hohen EU-Standards gibt, muss sich die deutsche Politik zum Schutz unserer Landwirtschaft gegen die Ratifizierung aussprechen.

Der Selbstversorgungsgrad Sachsens ist bei tierischen Produkten weiterhin nicht ausreichend. 2022 erreichte der Selbstversorgungsgrad bei Rindfleisch 67 Prozent, bei Schweinefleisch 38 Prozent, bei Schaffleisch 25 Prozent und bei Geflügel 39 Prozent.² Eine Steigerung des Imports von tierischen Erzeugnissen in den Wirtschaftsraum der EU ist somit abzulehnen. Eine regionale Erzeugung tierischer und pflanzlicher Produkte gewährleistet eine umweltfreundliche und ressourcenschonende Landwirtschaft. Für mehr Regionalität in der Landwirtschaft gibt es einen breiten Konsens in Gesellschaft und Politik. Regionale und verbrauchernahe Erzeugerstrukturen tragen zur Entwicklung des ländlichen Raumes bei. Die Verlagerung der Produktion von Weizen, Rindfleisch, Geflügel und Zucker in Regionen mit den weltweit artenreichsten Ökosystemen und den über tausende Kilometer langen Transportwegen können nicht im Sinne einer umweltfreundlichen und nachhaltigen Landwirtschaft sein.

Dresden, 21.01.2025

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i. V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion

Unterschrieben von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 22.01.2025



¹ Siehe <https://www.agrarheute.com/politik/mercosur-einigung-steht-folgen-fuer-bauern-629758> [abgerufen am 10.12.2024].

² Siehe <https://www.landwirtschaft.sachsen.de/selbstversorgungsgrad-mit-tierischen-erzeugnissen-37322.html> [abgerufen am 11.12.2024].